Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/1911

14. 06. 78

Änderungsantrag

der Fraktion der CDU/CSU

zur Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Innenausschusses (4. Ausschuß) zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU – Drucksachen 8/1046, 8/1864 –

Maßnahmen zur Erhöhung der inneren Sicherheit

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Beschlußempfehlung des Innenausschusses wird durch den folgenden Text ersetzt:

„Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert,

1. die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland unverzüglich durch konkrete, genaue und umfassende öffentliche Darstellung möglichst vieler Erkenntnisse über Personen, typisches Verhalten und sonstige wichtige Merkmale mittels Fahndungsplakaten und Flugblättern, Informationen an Rundfunk, Fernsehen und Presse sowie auf sonstige geeignete Weise instandzusetzen, durch Beobachtungen und sachdienliche Hinweise die Polizei bei der Fahndung nach terroristischen Gewalttätern zu unterstützen und zum gleichen Zweck solchen Bediensteten im Bereich des Bundes, zum Beispiel bei Bahn und Post, die von ihrer Tätigkeit her zu Beobachtungen im besonderen Maße Gelegenheit haben, mit geeigneten Merkblättern auszurüsten sowie auf Länder und Gemeinden einzuwirken, daß sie in den dazu geeigneten Bereichen ihrer Verwaltungen entsprechend verfahren;

2. sicherzustellen, daß die zur Bekämpfung von Terror und Gewaltkriminalität eingesetzten Polizeibeamten unter Verzicht auf jede Geheimniskrämerei für diese Aufgabe umfassend und nach den jeweils neuesten Erkenntnissen ausgerüstet, informiert und angeleitet werden, so daß jede Unsicherheit über die jeweiligen Arbeitsziele ausgeschlossen und jede Voraussetzung für ihre Motivation gewährleistet ist;

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Tel. 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 5300 Bonn 2, Postfach 2008 21
Bonn-Bad Godesberg, Herderstr. 56, Tel. (02221) 36 35 51

3. in Gesprächen mit den Ländern darauf hinzuwirken, daß noch mehr als bisher durch geeignete organisatorische Maßnahmen, wie die Einrichtung des „Kontaktbeamten", die Bevölkerung und die Polizeibeamten Gelegenheit zu persönlichem Kontakt gewinnen und dadurch das Sicherheitsgefühl der Mitbürger einerseits und der Informationsstand der Polizei andererseits gestärkt und verbessert werden."

Bonn, den 14. Juni 1978

Dr. Kohl, Dr. Zimmermann und Fraktion